

durch ihre ökonomische Stellung als individuelle Kleinrentner und das damit verbundene kleinbürgerliche Bewußtsein bestimmt ist, und veranlaßt sie, der Arbeiterklasse zum Sozialismus zu folgen. Die Organisation der genossenschaftlichen Arbeit und des gemeinsamen Lebens erfolgt in der LPG auf der Grundlage der genossenschaftlichen Demokratie. Diese ist untrennbar mit der LPG verbunden und ist selbst eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes².

Die genossenschaftliche Demokratie ist eine spezifische Form der sozialistischen Demokratie. Sie ist die der sozialen Stellung der einfachen Warenproduzenten entsprechende Methode des sozialistischen Staates zur Heranführung der Kleinrentner an den sozialistischen Aufbau unter Wahrung und Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Die genossenschaftliche Demokratie ist die spezifische Seite der Verwirklichung und Vertiefung des demokratischen Zentralismus bei der staatlichen Leitung des sozialistischen Umwälzungsprozesses auf dem Lande. Die ständige Vervollkommnung der genossenschaftlichen Demokratie und des Systems ihrer Durchsetzung ist identisch mit der immer breiteren Einbeziehung der Genossenschaftsbauern in die Lenkung und Leitung von Staat und Gesellschaft. Auf ihrer Grundlage entwickelt sich das sozialistische Staatsbewußtsein der Genossenschaftsbauern, das Verantwortungsbewußtsein für die Teilnahme an der Lösung der historischen Aufgaben unserer Arbeiter- und Bauern-Macht, wie es im Produktionsaufgebot in der Landwirtschaft nach dem Beispiel der LPG Zickhusen seinen sichtbaren Ausdruck findet.

Das sozialistische Recht ist ein entscheidendes Mittel des sozialistischen Staates, um den Prozeß der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei den Genossenschaftsbauern zu leiten; es muß das Wesen der genossenschaftlichen Demokratie zur vollen Entfaltung bringen und hat „eine große Bedeutung im Kampf um die Durchsetzung der neuen Produktionsverhältnisse und damit für die Herausbildung der neuen, sozialistischen Gesellschaft mit ihren neuen Beziehungen der Menschen zur Gesellschaft und untereinander“³. Die staatliche Leitungstätigkeit in der sozialistischen Landwirtschaft muß sich also auf die Durchsetzung, Entfaltung und Vertiefung der genossenschaftlichen Demokratie konzentrieren.

Die Tätigkeit des Staatsanwalts muß auf die Durchsetzung der neuen Ordnungen gerichtet sein

Die Qualität der Leitungstätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht, insbesondere in den Gemeinden, hat große Bedeutung für die Entfaltung der genossenschaftlichen Demokratie in den LPGs. Denn eine wissenschaftliche staatliche Leitungstätigkeit nach den neuen Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Volksvertretungen und ihrer Organe vom 28. Juni 1961 demonstriert die sozialistische Demokratie auf staatlicher Ebene und durchdringt und beeinflusst die Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie innerhalb der LPG. Die Verwirklichung des Gesetzes über die örtlichen Organe vom 17. Januar 1957 und der neuen Ordnungen in der Praxis der Gemeindevertretung und des Gemeinderates und die Einhaltung des Statuts und der anderen innerbetrieblichen Doku-

² Zum Wesen der genossenschaftlichen Demokratie vgl. Arlt, Sozialistische Arbeit und LPG-Recht, Berlin 1960, S. 11 ff. und S. 73 ff.; Heuer, „Agrarökonomie und Staatsfrage“, Staat und Recht 1960, Nr. 9, S. 1525 ff.; Heuer/Richter, Das neue LPG-Recht, Berlin 1959, S. 83 ff.; Lehmann, „Die Stellung der Mitgliederversammlung der LPG im System der genossenschaftlichen Demokratie“, Staat und Recht 1961, Nr. 2, S. 222.

³ W. Ulbricht, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, Berlin 1958, S. 31.

mente in der LPG bilden eine untrennbare Einheit. Die Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit der örtlichen Machtorgane in der Gemeinde bestimmt die Qualität der Leitung und Verwaltung der Genossenschaft. Eine straffe, exakte Leitung der Gemeindevertretung und ihres Rates nach den neuen Ordnungen befähigt die Leitungsorgane der LPG zu einer ausgezeichneten Leitung und Organisation des genossenschaftlichen Produktionsprozesses. Leitung nach den neuen Ordnungen heißt volle Entfaltung der genossenschaftlichen Demokratie und Förderung der örtlichen Initiative zur Lösung der staatlichen Aufgaben in der Gemeinde unter Einbeziehung aller Genossenschaftsbauern. Bewußte Entfaltung der genossenschaftlichen Demokratie bedeutet Befähigung der Genossenschaftsbauern zur selbständigen Lösung der eine Einheit bildenden staatlichen und genossenschaftlichen Aufgaben unter Führung der örtlichen Organe der Staatsmacht in der Gemeinde. Darin verwirklicht sich die Einheit von staatlicher Leitung und genossenschaftlicher Demokratie.

Untersuchungen über die Einhaltung und Verwirklichung der genossenschaftlichen Demokratie müssen daher stets mit Untersuchungen über die Gesetzlichkeit der staatlichen Leitungstätigkeit in der Gemeinde beginnen. Verletzungen des Gesetzes vom 17. Januar 1957 und der neuen Ordnungen werden grundsätzlich immer mit Verletzungen des Statuts, der inneren Betriebsordnung u. a. betrieblicher Dokumente verbunden sein. So wurde z. B. in der Gemeinde Bülow, Kreis Gadebusch, durch eine Brigade des Staatsanwalts des Bezirks Schwerin festgestellt, daß die Gemeindevertretung und der Gemeinderat während einer längeren Zeit keine exakten Beschlüsse zur Unterstützung der genossenschaftlichen Entwicklung gefaßt hatten. Das spiegelte sich in der Genossenschaft darin wider, daß während dieser Zeit durch die Organe der LPG ebenfalls keine Beschlüsse gefaßt worden waren. Auf Grund der Untersuchungsergebnisse der Brigade analysierte die Gemeindevertretung gründlich den Entwicklungsstand der LPG und faßte einen Beschluß über Maßnahmen zur Unterstützung der LPG bei der Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie und zur Steigerung der Marktproduktion. Auf dieser Grundlage wurde ein Beschluß der Mitgliederversammlung der LPG herbeigeführt, der die volle Entfaltung der genossenschaftlichen Demokratie zum Inhalt hat.

Da die Gemeindevertretung das Wesen der Arbeit nach den neuen Ordnungen begriffen hatte, empfahl sie der LPG, alle Genossenschaftsbauern systematisch in jeder Mitgliederversammlung mit bestimmten Abschnitten des Statuts vertraut zu machen, die innere Betriebsordnung erneut zu diskutieren, Stallordnungen auszuarbeiten und anzunehmen sowie Arbeitsordnungen für den Vorstand und den Buchhalter zu beschließen. Sie legte in ihrem Beschluß inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der ständigen Kommissionen der Gemeindevertretung fest, z. B. Organisation der Viehwirtschaft, und empfahl dem Vorstand, die gleichen Schwerpunkte in die Arbeitspläne der Kommissionen der LPG, z. B. der Revisionskommission und der Normenkommission, zu übernehmen. Die Ständige Kommission für Landwirtschaft wurde beauftragt, mit einer dafür gebildeten zeitweiligen Kommission der LPG und der Kommission für Parteikontrolle der Grundorganisation der SED — es liegt dem ein Beschluß der Grundorganisation zugrunde — die Ursachen der Viehverluste in der LPG zu untersuchen und der Gemeindevertretung sowie der Mitgliederversammlung der LPG einen genauen Plan zur Organisation der Viehwirtschaft vorzulegen.

Durch diese vorbildliche Arbeitsweise kam die Gemeindevertretung ihrer gesetzlichen Pflicht zur Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen, der genossenschaftlichen Demokratie, nach und hat die